

## **Beschluss des Landrats vom 02.11.2023**

Nr. 136

### **16. Rückbau Osttangente – Auswirkungen auf den Verkehr in BL** 2023/211; Protokoll: mko

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, dass der Regierungsrat bereit sei, das Postulat entgegen zu nehmen und Abschreibung beantrage.

**Rolf Blatter** (FDP) hatte sein Postulat bereits früher im Jahr eingereicht, als der Rheintunnel in den Blick der Öffentlichkeit gerückt war, nicht zuletzt im Rahmen der Diskussion um das aktuelle STEP-Programm. Man konnte damals lesen, dass es von linken und grünen Kreisen der Stadt Ideen gibt, die Osttangente zurückzubauen, sobald der Rheintunnel fertig wäre. Gemäss dem Bundesamt für Strassen (Astra) soll der Rheintunnel nebst anderem auch das untergeordnete Strassennetz entlasten und die Kapazität für die zukünftigen Anforderungen der Mobilität an die Infrastruktur sicherstellen. Auch der Astra-Direktor Röhliberger hat sich immer wieder konkret und kritisch zum Rückbau der Osttangente geäussert, da dies nur dazu führen würde, den Stau vom einen in die andere Ecke zu schieben. Die effektive Zielsetzung aber, nämlich die Erhöhung der Kapazität der Infrastruktur im Knoten Basel, würde damit nicht erreicht werden können. Vor diesem Hintergrund verlangt der Postulant vom Regierungsrat, zu prüfen, welches die untergeordneten Strassen sind, die im Falle eines Rückbaus der Osttangente betroffen wären. Und es solle doch bitte mit einer Simulation aufgezeigt werden, welches die verkehrlichen Auswirkungen auf die Hochleistungsstrasse selber und die untergeordneten Strassen im Baselland (Birsfelden, Muttenz, Münchenstein u.a.) wären. Welche Strasse müsste den wegfallenden Verkehr aus der Osttangente aufnehmen? Hierzu hat der Regierungsrat eine Antwort gegeben, die aber viel zu kurz greift. Sie sagt nämlich, dass der Rückbau ohnehin nicht passieren wird, also soll es auch keine Simulation geben. Damit befindet man sich nahe an der Arbeitsverweigerung. Es wäre eigentlich zu erwarten gewesen, dass der Regierungsrat die Simulation macht beziehungsweise machen lässt, um aufzeigen zu können, was konkret auf dem Strassennetz im Kanton passieren würde. Damit beantragt der Postulant, seinen Vorstoss nicht nur zu überweisen, sondern auch stehenzulassen, und dass der Regierungsrat die verlangten Antworten liefert.

Auch die SVP-Fraktion begrüsse laut **Matthias Ritter** (SVP), dass in Sachen Rheintunnel etwas geht, damit gewisse Engpässe in der Region Basel behoben werden können. Der Regierungsrat hat die Fragen von Rolf Blatter nicht schlecht beantwortet. Die SVP-Fraktion ist für Entgegennahme. Beim Abschreiben ist sie geteilter Meinung. Eine Mehrheit ist für Stehenlassen, damit der Regierungsrat in der Pflicht ist, am Thema dran zu bleiben.

**Marco Agostini** (Grüne) hat keine Ahnung, was die von Rolf Blatter erwähnten Links-Grünen in der Stadt wollen. Die Grüne/EVP-Fraktion des Basellands bietet Hand für eine Diskussion, egal ob es um Strassen, Migration oder das Energiegesetz geht. Deshalb sieht seine Seite auch kein Problem, das Postulat zu überweisen. Ein Abschreiben macht aber Sinn, denn es geht hier um etwas, das erst in vielleicht 15 oder 20 Jahren kommen wird. Rolf Blatter und der Redner sind dann sicher nicht mehr im Landrat. Es macht wenig Sinn, den Regierungsrat jetzt zu diesem Thema arbeiten zu lassen. Besser, man stellt den Antrag in ein paar Jahren wieder, wenn es dann überhaupt noch nötig ist.

**Thomas Noack** (SP) sagt, dass die SP-Fraktion ebenfalls für Überweisen und Abschreiben sei. Einer Überweisung ohne Abschreibung könnte man nur zustimmen, wenn die Prüfung anhand von

konkreten Szenarien den Rückbau präzisieren würde, und wenn damit die Wirkung der Massnahmen auch auf die umliegenden Quartiere überprüft werden könnte. In der Argumentation ist wichtig, dass der Regierungsrat jetzt schon darauf beharrt, dass es bereits im Rahmen des Bauprojekts Massnahmen auf der Osttangente und in den Quartieren braucht. Dies ist sowohl eine baselstädtische als auch, mit Blick auf Birsfelden, eine Baselbieter Forderung. Im Sinne von Stadtrenaturierung müssten diese Massnahmen dann auch den Anwohnerinnen und Anwohnern zugutekommen. Und eigentlich müsste klar sein, welche Massnahmen es geben könnte. Dass damit nicht ein vollständiger Rückbau inklusive Abriss der Schwarzwaldbrücke gemeint sein kann, sollte eigentlich allen klar sein. Aus Sicht der SP-Fraktion braucht es endlich Verbindlichkeit in dieser Frage. Zudem sind die geforderten Modellrechnungen sicher wichtig und richtig. Dabei darf aber nicht nur der Stau im Baselbiet im Vordergrund stehen, sondern es muss um die Lebensqualität der Menschen in Birsfelden und Basel-Stadt gehen. Und es müssten konkrete Ideen vorgelegt und geprüft werden, welche Massnahmen es braucht – sicher auch in Birsfelden. Wenn der Regierungsrat den Auftrag so versteht, ist gut. Wenn der Auftrag nur den Stau betrifft, ist die SP-Fraktion für Abschreibung.

**Simon Oberbeck** (Die Mitte) merkt an, dass ein Thema dann abgeschlossen werde, wenn es erledigt und vom Tisch sei. Das ist hier aber leider nicht der Fall, wie man auch von baselstädtischer Seite gehört hat. Es bringt nichts, dazu einen neuen Vorstoss einzureichen, denn: ist etwas erledigt, wird es mit der Vorlage auch abgeschlossen. Deshalb ist die Mitte-Fraktion für Stehenlassen.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) hält fest, dass der Begriff Rückbau Osttangente ein politisches Schlagwort sei und aus Sicht des Regierungsrats eigentlich nicht Realität sein könne. Denn wie soll das bestehende Verkehrssystem in der Region ohne Osttangente funktionieren? Diesen Zustand hält er weder für möglich noch für zweckmässig und sinnvoll. Der Regierungsrat schaut mit Argusaugen darauf, dass es keine Rückwirkungen auf das über- und untergeordnete Netz geben wird, sollte die Osttangente tangiert werden. Diese Haltung wurde hier immer wieder zum Ausdruck gebracht. Die Simulation von etwas, das aus Sicht des Regierungsrats gar nicht möglich ist, erscheint doch ziemlich fragwürdig. Eigentlich müsste zuallererst Basel-Stadt überlegen, was passieren würde, wenn es die Osttangente nicht mehr gäbe. Das wäre ihr zu empfehlen. Die Federführung, die derzeit beim Astra liegt, sollte auch dort bleiben. Es arbeitet daran und macht sich Überlegungen dazu, was allenfalls überhaupt möglich wäre. Erst dann lassen sich die Auswirkungen davon überprüfen. Der Kanton Basel-Landschaft begleitet diesen Prozess eng, die Kantone werden ebenfalls eingebunden. Gegen eine Einschränkung der Kapazität, die Rückwirkungen auf das untergeordnete Baselbieter Strassennetz hätte, würde man sofort antreten. Der übergeordnete Verkehr soll auf dem übergeordneten Netz bleiben. Diese Position wird man weiterhin vertreten. Und deshalb beantragt der Regierungsrat, das Postulat abzuschreiben.

Es sei nicht Auftrag des Postulats, so **Rolf Blatter** (FDP), der Regierungsrat möge mit Argusaugen auf die Entwicklung schauen. Auftrag ist, eine Simulation durchzuführen für den Fall, dass die Osttangente zurückgebaut wird. Und ein Rückbau bedeutet, dass der ganze Verkehr, der heute über die Osttangente läuft, dann vom neuen Rheintunnel aufgenommen werden muss. Die Frage ist, was dies für das untergeordnete Strassennetz bedeuten würde. Rolf Blatter weiss nicht, wie man das nicht verstehen kann. Natürlich kann man reininterpretieren, dass eine Spur dichtgemacht wird. Es war jedoch zu lesen, dass die Osttangente zugemacht werden könnte. Was würde dieses Szenario für unser Strassennetz bedeuten? Der Postulant hält deshalb an seiner Forderung fest. Die Simulation kann allenfalls in Zusammenarbeit mit dem Astra erfolgen, denn es ist denkbar, dass dieses solche Überlegungen ebenfalls anstellt. Eine doppelte Ausführung wäre auf jeden Fall volkswirtschaftlich nicht sinnvoll. Es wäre aber doch toll, wichtig und richtig (wie schon Thomas Noack gesagt hatte), wenn hier Resultate dieser Untersuchungen vorliegen würden. Es geht nicht

darum, wie Marco Agostini meinte, zehn Jahre lang zuzuwarten und zu schauen, was sich tut. Es geht lediglich darum, die Aufträge aus dem Postulat auszuführen und die Daten nachzuliefern.

**Thomas Noack** (SP) möchte nachfragen, wie Isaac Reber den Auftrag denn verstehen würde. Was wäre, wenn die Osttangente geschlossen ist? Wäre der Regierungsrat bereit, an Szenarien mitzuarbeiten? Ansonsten würde die SP-Fraktion vermutlich gegen Abschreibung stimmen.

Wenn Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) den Postulanten richtig verstanden hat, möchte dieser mit seinem Postulat eine Simulation mit und ohne Osttangente anstossen. Nichts weniger als das würde Isaac Reber in Auftrag geben, denn es macht überhaupt keinen Sinn, irgendwelche Zustände zu simulieren, die man nicht kennt und für die man auch nicht zuständig ist. Wird aber zur Diskussion gestellt, eine gewisse Zwischenvariante weiterzuverfolgen, wird man darauf pochen, dass abgeklärt und berechnet wird, was dies für das Netz bedeuten würde. Wenn eine Variante konkret zur Diskussion gestellt wird, möchte man auch wissen, was diese bedeutet, und man würde den nötigen Druck machen, um Antworten zu erhalten – und falls nötig auch selber rechnen. Aber sicher nicht im Voraus. Bleibt das Postulat stehen, wird man darstellen, was es bedeutet, wenn die Osttangente zurückgebaut würde.

://: Mit 77:2 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat überwiesen und mit 46:34 Stimmen bei 1 Enthaltung stehen gelassen.

---